

# PETITION DES BUNDESPERSONALS AN BUNDESRAT UND PARLAMENT

Immer mehr Arbeit muss mit immer weniger Leuten bewältigt werden. Nach wiederholten Sparrunden hat die Politik für die nächsten Jahre schon gegen 5000 Bundesstellen weggeputzt. Mit neuen Verschlechterungen beim Lohn und bei der Pensionskasse wollen Bundesrat und Parlament unsere Arbeitsplätze noch mehr entwerten. Statt Wertschätzung ernten wir Verunsicherung. Schluss damit! Wir wollen gute Löhne und Sozialleistungen für gute Arbeit:

## 1. Kein Leistungsabbau bei der Pensionskasse PUBLICA!

Vom wiederholten Versprechen, der Wechsel zum Beitragsprimat bringe keinen Leistungsabbau, ist heute keine Rede mehr: Der Bundesrat will das ordentliche Rücktrittsalter neu auf 65 festsetzen. Zudem drohen massiv höhere Beiträge für tiefere Renten und eine ungenügende Übergangsregelung.

### Wir fordern

- 40 Jahre Versicherungsdauer zwischen Alter 22 und 62 für eine volle Rente, wie bisher
- Eine gleichwertige soziale Übergangsregelung für die über 50-jährigen Angestellten
- Eine paritätisch finanzierte Überbrückungsrente bei vorzeitiger Pensionierung bis zur AHV
- Ein Teuerungsausgleich auf den Renten muss weiterhin möglich sein

## 2. Kein Lohnabbau per Parlaments-Willkür!

Die Einstiegsgehälter beim Bund sind im Vergleich zu den Kantonen tief. Trotzdem entschied der Ständerat, bei der Lohnentwicklung jährlich zusätzlich 50 Millionen zu sparen. Kaum eingeführt, sabotiert er das vom Parlament selbst beschlossene, leistungsabhängige Lohnsystem. Dieser Wortbruch trifft die Hälfte aller Bundesangestellten und vorwiegend die Jungen. Das ist ein Willkür-Akt gegen die Sozialpartnerschaft. Wo bleibt die verlässliche Personalpolitik des Bundes? Wir zählen auf den Nationalrat!

### Wir fordern

- Kein Abbau bei den Löhnen
- Das Parlament muss das beschlossene Lohnsystem einhalten

## 3. Keine Entlassungen beim Bund!

Der Bund wird bis 2011 gegen 5000 Stellen streichen. Das sind mehr als 15% des ganzen Personals! Umstrukturierungen verunsichern das Personal zusätzlich. Statt Abbau ohne Entlassungen gibt es Ämter, die „die Gunst der Stunde“ nutzen und so kritische Angestellte rausstellen. Das ist unakzeptabel.

### Wir fordern

- Keine Entlassungen allein aus Spargründen
- Für alle vom Abbau bedrohten Mitarbeitenden eine zumutbare Stelle

**Wir sagen JA zu einer fairen Bundespersonalpolitik, die sich an gemachte Versprechen hält:**

**KEIN RENTENABBAU – KEIN LOHNABBAU – KEINE ENTLASSUNGEN!**

Name/Vorname	Adresse	Amt/Dienststelle	Unterschrift



Bitte zurücksenden bis 18.5.2005 an:

vpod, Monbijoustrasse 61, 3007 Bern, FAX 031 372 42 37